

# Was macht Sex in der Schule?

Die Homo-Lobby marschiert gegen den Verein „Teenstar“ – Österreichs Bildungsministerium will alle sexualpädagogischen Angebote an Schulen prüfen **VON STEPHAN BAIER**

Ein Tabu wurde gebrochen. Also ließen die Hüter der politisch korrekten Dogmen keinen Zweifel daran aufkommen, dass Sanktionen zu erfolgen hätten: In der Vorwoche enthüllte der öffentlich-rechtliche ORF in einer seiner Hauptnachrichtensendungen, der „christliche Verein Teenstar“ erkläre seit zehn Jahren in Kursen für Lehrer und Jugendliche, Homosexualität sei eine Verirrung, die man heilen könne, Selbstbefriedigung sei schlecht fürs Selbstwertgefühl und „Sex – ja nicht vor der Ehe“.

Eine anonyme Belastungszeugin, deren Gesicht – wohl aus Angst um ihre Sicherheit – unkenntlich gemacht wurde, hatte sich als Sexualpädagogin zusätzlich bei Teenstar ausbilden lassen, um anschließend der „Homosexuellen-Initiative“ (HOSI) in Salzburg Schulungsunterlagen als brisantes Beweismaterial zu übergeben. Der ORF überließ es denn auch dem HOSI-Geschäftsführer Paul Haller, das Urteil zu fällen: „Es ist ein christlich-fundamentalistisches Weltbild, das von einigen wenigen, ganz fundamentalistischen Strömungen in Österreich vertreten wird. Da geht es darum, dass Homosexualität eine Identitätsstörung ist; Jugendliche sollen über die natürliche Familienplanung verhütet, das funktioniert nicht, das wissen wir.“

## Der ORF erschreckt mit Falschmeldungen

Das österreichische Bildungsministerium habe Teenstar überprüfen lassen, ließ der ORF wissen: Noch im November werde es eine Anweisung an alle Landesschulräte geben, nicht mehr mit dem Verein zusammenzuarbeiten. Teenstar lehre bedenkliche Inhalte, die nicht mit dem Lehrplan in Einklang zu bringen seien. Eine Falschmeldung, wie sich rasch zeigte. Am Folgetag musste der ORF zurückrudern: „Heute stellt sich heraus, das Ministerium kann das gar nicht so einfach abstellen.“ Der Generalsekretär des Ministeriums, Martin Netzer, sagte im ORF-Interview, man werde „Teenstar überprüfen, wir schauen uns die Unterlagen sehr genau an“.

Allerdings heißt es in einer Aussendung des Ministeriums, man werde „flächendeckend erheben, an welchen Standorten sexualpädagogische Workshops durch externe Anbieter geplant sind“. Es geht also nicht



In Hamburg gingen Eltern einst gegen Sexualkundeunterricht in Volksschulen auf die Straße. In Österreich geriet jetzt einer der wenigen Anbieter einer entwicklungs-sensiblen Sexualpädagogik ins Kreuzfeuer der Kritik. **Foto: dpa**

allein um Teenstar. Das Bildungsministerium will, dass sämtliche Anbieter von sexualpädagogischen Programmen gemeldet werden müssen, weil man sich alle ansehen will. Und da gäbe es wohl einiges zu tun, denn nicht christliche oder wertgebundene Inhalte dominieren den Sexualkundeunterricht in Österreich, sondern die sogenannte „Sexualpädagogik der Vielfalt“, der Experten eine Frühsexualisierung der Kinder und sexualisierende Methoden vorwerfen.

Vorangegangen war der medialen Kampagne gegen Teenstar eine parlamentarische Anfrage der Opposition vom 11. Juli. Der SPÖ-Parlamentarier Mario Lindner, zugleich Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft „Sozialdemokratie & Homosexualität“ (SoHo), wollte vom Bildungsminister alles über die Aktivitäten von Teenstar an Schulen wissen. Interessant ist an der schriftlichen Antwort des Ministers vom 11. September nicht nur die Klarstellung, dass die Entscheidung über Kooperationen mit außerschulischen Einrichtungen bei den Schulen selbst liegt, sondern auch, dass „eine österreichweite Meldepflicht der Schulen über die (beabsichtigte) Durchführung von sexualpädagogischen Workshops durch externe Anbieter“ eingeführt wird. Finanziell gefördert wurden bisher durch das Bildungsministerium zwar nicht Teen-

star, aber zehn andere namentlich genannte Anbieter. Im Vorjahr mit 48 280 Euro.

Ogleich er selbst die Kampagne gegen Teenstar durch seine parlamentarische Anfrage startete, zeigte sich Lindner in der Vorwoche „schockiert“ von den medialen Berichten über Teenstar. „Derart fragwürdige Workshops haben an den Schulen absolut keinen Platz. Die Politik muss rasch handeln, wenn im Aufklärungsunterricht beispielsweise von Homosexualität als Identitätsproblem gesprochen wird... Die Schule muss ein sicherer Ort sein!“

Ähnlich die seit der jüngsten Wahl nicht mehr dem Parlament angehörenden Grünen, die von Kanzler Kurz eine „klare Haltung gegen jede Form der Homo- und Transphobie“ einfordern. Es sei „unfassbar, dass an Österreichs Schulen reaktionäre Vereine tätig sein dürfen, die ganz offensichtlich zum Ziel haben, unsere modernen Werte gegen mittelalterliche Moralvorstellungen einzutauschen“, meinte etwa die grüne Europaabgeordnete Monika Vana.

Helga Sebernik von Teenstar hat nichts gegen eine grundsätzliche Debatte, aber „unter Einbeziehung der Eltern“, wie sie im Gespräch mit der „Tagespost“ sagt. Teenstar bietet „ein ganzheitliches Programm, wo Jugendliche altersgemäß Informationen bekommen“. Man wolle keine Privilegien,

aber Gleichberechtigung in der Bildungslandschaft. Mit Kindern ab 13 Jahren werde über Verhütung gesprochen, aber nicht nur technisch. „Die meisten Programme wollen bloß Teenager-Schwangerschaften verhindern und versuchen das mittels Verhütung. Nach dem Motto: Tu es, aber tu es mit Pille oder Kondom.“ Teenstar setze stattdessen auf Persönlichkeitsbildung: „Jugendliche sollen lernen, mit der positiven Kraft der Sexualität umzugehen und das Jugendalter als Zeit der Entfaltung zu entdecken.“ Die allgegenwärtige Frühsexualisierung hinterfrage man ganz bewusst.

Abtreibung werde nicht offensiv thematisiert, aber ja. „Kinder lernen bei uns den Wert des Lebens“. Beim Thema Homosexualität will Helga Sebernik den Jugendlichen den Druck nehmen, den ihnen der Mainstream mache: „Sie sollen sich nicht outen oder vorschnell festlegen müssen.“ Im sensiblen Lebensabschnitt der Jugend seien Gefühle mitunter in Entwicklung.

## Kinder sollen nicht ideologisiert werden

Der Direktor des „Instituts für Ehe und Familie“ (IEF), Johannes Reinprecht, bestätigt im Gespräch mit dieser Zeitung, Teenstar leiste einen „wichtigen Beitrag für eine wertebasierte und entwicklungs-sensible Sexualpädagogik“. Das IEF könne dem Verein durchaus Unbedenklichkeit bescheinigen – „im Gegensatz zu anderen sexualpädagogischen Programmen“. Das IEF arbeite als Einrichtung der Bischofskonferenz mit Teenstar zusammen, weil es dessen wertorientierte Herangehensweise an die Fragen von Jugendlichen schätze. „Kinder dürfen in der Schule nicht ideologisiert oder indoktriniert werden“, so Reinprecht zur „Tagespost“. Es brauche eine einfühlsame Pädagogik, die auf die Entwicklung des Kindes bezogen bleibt.

Die ÖVP-Nationalratsabgeordnete Gudrun Kugler meint zur Kampagne gegen Teenstar: „Es ist eine Schiefelage, wenn sich Teenstar rechtfertigen muss, während andere Programme ungeprüft in Schulen wirken. Bis man weiß, welche Vereine welche Inhalte in Schulen verbreiten und sie im Blick auf die Qualitätskriterien des Ministeriums überprüft sind, sollte das Bildungsministerium gar keine externen Workshop-Anbieter zulassen.“

## Islam: Unabhängig vom Ausland werden

**BERLIN (DT/KNA)** Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hat die muslimischen Religionsgemeinschaften aufgefordert, sich so zu organisieren, dass sie den Anforderungen des Religionsverfassungsrechts für eine Kooperation mit dem Staat genügen. Dabei gehe es auch darum, „ausländische Einflüsse dadurch zu ersetzen, dass Deutschlands Muslime nicht nur Organisation und Finanzierung ihrer Gemeinden selbst in die Hand nehmen, sondern auch die Imam-Ausbildung an ihre Bedürfnisse anpassen“, hat Seehofer in einem Beitrag für die Dienstagsausgabe der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ geschrieben.

## Ditib: Rücktritt und Kritik an Türkei

**HANNOVER (DT/KNA)** Der langjährige Vorsitzende der niedersächsischen Ditib-Gemeinden, Yilmaz Kilic, ist am vergangenen Sonntag zurückgetreten. „Wegen der wachsenden Einnischung habe ich jetzt die Reißleine ziehen müssen“, erklärte er am Montag gegenüber der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Er habe sich immer wieder gegen die Einnischung sowohl der Ditib-Zentrale in Köln als auch vom türkischen Religionsattaché wehren müssen, betonte Kilic weiter: „Wir haben als niedersächsischer Landesverband immer einen eigenständigen Weg gehen wollen, doch hier leider keine Unterstützung aus Köln bekommen.“ Kilic ist nach eigenen Worten mit seinem gesamten Vorstand zurückgetreten. Der deutsch-türkische Moscheeverband Ditib ist der größte islamische Verband in der Bundesrepublik.

## Werbeverbot: Preis für Kritikerinnen

**BERLIN (DT/KNA)** Die Ärztinnen Kristina Hänel, Natascha Nicklaus und Nora Szasz, die sich für die Abschaffung des Werbeverbots für Abtreibungen einsetzen, erhalten den Anne-Klein-Frauenpreis 2019. Die zwei Gynäkologinnen Nicklaus und Szasz und die Allgemeinmedizinerin Hänel sollen für „ihre beharrliche Verteidigung“ des Informationsrechts von Frauen ausgezeichnet, wie die Heinrich-Böll-Stiftung Anfang der Woche mitgeteilt hat. Die Stiftung steht der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe.

# Mehr als Drei

Es sind nicht nur Kramp-Karrenbauer, Merz und Spahn: Insgesamt wollen neun Kandidaten für den CDU-Vorsitz antreten – Ein Überblick **VON SEBASTIAN SASSE**

Er war mutiger als die Favoriten: Andreas Ritzenhoff. Der hessische Unternehmer warf schon seinen Hut in den Ring, als Friedrich Merz, Annegret Kramp-Karrenbauer und Jens Spahn noch abgewartet haben. Sie meldeten sich erst, nachdem die Kanzlerin erklärt hatte, nicht mehr für den CDU-Bundesvorsitz kandidieren zu wollen. Ob die Delegierten diesen Mut zu schätzen wissen? Reale Chancen hat Ritzenhoff nicht wirklich, aber immerhin beschert ihm die angekündigte Kandidatur eine öffentliche Aufmerksamkeit, die er sonst nicht hätte: sowohl innerhalb der Partei, aber natürlich auch über sie hinaus.

Ritzenhoffs Thema: der UN-Migrationspakt. Noch Anfang der Woche hatte er gegenüber den Zeitungen der Funke-Mediengruppe betont, der Vertrag berge schwere handwerkliche Mängel. An vielen Stellen sei der Vertrag unklar und könne daher zu einer „Flut von Prozessen“ führen. Zudem könne er, da von einigen anderen europäischen Staaten abgelehnt, zu einer Spaltung der EU führen. Mittlerweile haben sich zwar Union und SPD auf einen

gemeinsamen Antrag geeinigt, der den Pakt befürwortet und aller Wahrscheinlichkeit heute vom Bundestag verabschiedet wird. Doch gerade das könnte unter Pakt-kritischen Parteitagdelegierten den Unmut noch erhöhen und vielleicht dann in Hamburg zu einer Denkmahl-Wahl führen. Zumal sich Jens Spahn wie Friedrich Merz bisher zurückgehalten haben.



Matthias Herdegen kritisiert den Migrationspakt. **Foto: dpa**

Auch ein anderer, der CDU-Bundesvorsitzender werden wollte, hat den Migrationspakt zu seinem Thema gemacht. Matthias Herdegen, renommierter Juraprofessor an der Universität Bonn, hatte überraschend Anfang November seine Kandidatur wieder zurückgezogen. Das öffentliche Interesse an seiner Meinung weiß der Experte für Völkerrecht auch zu nutzen. Auch er warnt deutlich vor den juristischen Folgen, die der Vertrag nach sich ziehen könnte, zuletzt Anfang der Woche in einem großen Interview mit der „Welt“.

Diese Beispiele zeigen: Der Kampf um den Parteivorsitz hat die Diskussion innerhalb der Union vorangetrieben. Spannend wird nun sein, ob Kandidaten wie Ritzenhoff oder Herdegen, auch wenn sie keine Chance auf den Vorsitz haben, sich doch auch künftig in der Partei zu Wort melden. Spannend ist hier vor allem das Verhalten der Merkel-Kritiker unter den Favoriten, also Friedrich Merz oder Jens Spahn. Einen oder vielleicht sogar gleich beide in das eigene Team zu lotsen, könnte Stimmen bei den Delegierten bringen.

Anzeige

Wir wünschen der  
**„Tagespost“ zum 70. Geburtstag**  
auf die Fürsprache Mariens Gottes reichen Segen!  
Möge „Die Tagespost“ der Wahrheit und Schönheit  
des christlichen Glaubens zu neuem Glanz verhelfen!  
Wir in Maria Vesperbild wollen auf unsere Weise zur  
Neuevangelisierung beitragen.  
Unser reichhaltiges Gottesdienstprogramm  
finden Sie hier:  
**www.maria-vesperbild.de**  
86473 Ziemetshausen